

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Ernst Blittmann, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Bill Blumhohm, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Wühlstraße 3. — Fernsprechnummer 1111. Für Inserate 1917 für die Redaktion 1794, für den Verlag und die Druckerei 961. — Zeitungspostamt Nr. 416.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschließlich Zustellung 3 Mk., monatlich 1 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 2.70 Mk., monatlich 90 Pf. Bei den Postämtern vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.00 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühr: die zweispaltige Kolonnette 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Fernmetall 50 Pf. L. O. Mk. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachkonto: Nr. 5258 Berlin.

Nr. 148.

Magdeburg, Donnerstag den 28. Juni 1917.

28. Jahrgang.

Sturmtruppe der Freiheit.

Die „Breslauer Volkswacht“ veröffentlichte vor kurzem einen Artikel, in dem sie mit großer Entschiedenheit einen gründlichen System- und Personenwechsel im Deutschen Reich forderte. Sie führte aus, daß der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg keine seiner innern Reformversprechungen erfüllt, und daß er auch gegen die deutschen Eroberungspolitik die nötige Entschiedenheit nicht aufgebracht hätte. Durch seine Unentschiedenheit zwischen rechts und links sei er nicht imstande gewesen, die Arbeit für einen baldigen Friedensschluß zu fördern. Darum forderte sie die

Beseitigung der jetzigen Regierung
und ihre Ersetzung durch eine parlamentarische, die neben beiden sozialdemokratischen Fraktionen Mitglieder des Zentrums und der nationalliberalen Partei umfassen sollte. Im Zusammenhang mit dieser Erörterung warf die „Breslauer Volkswacht“ die rhetorische Frage auf, wer wohl eine Deputation an den Kaiser ausschieße, um ihm die Notwendigkeit eines solchen Wandels an Haupt und Gliedern nahe zu legen.

Die Ausführungen der „Breslauer Volkswacht“ wurden in einzelnen Parteiblättern, so im „Hamburger Echo“, lebhaft bekämpft, am schärfsten aber wohl in der „Internationalen Korrespondenz“, die sich an die Ministerliste der „Volkswacht“ und an ihren Deputationsvorschlag klammerte, um das Ganze lächerlich zu machen. Die „Internationale Korrespondenz“ führte aus, daß ein Regierungswechsel keinen Zweck habe, da ja das feindliche Ausland auch den deutschen Sozialdemokraten nicht traue, und damit also für den Frieden gar nichts zu erreichen sei. Im Gegensatz dazu schrieb die „Münchener Post“:

Der offene Bruch mit dem jetzt herrschenden System wird eine Notwendigkeit für Deutschland: er ist die Vorbedingung für einen dauernden europäischen Frieden. Die deutsche Reichsregierung hat durch das offene Bekenntnis zu dem Kriegszielprogramm der provisorischen Regierung Russlands und durch eine tiefgründige demokratische Reform der Welt zu zeigen, daß sie nicht „im Innern reaktionär und autoritär“ und „nach außen hin imperialistisch“ ist.

Und ähnlich meinte die „Eiffener Arbeiterzeitung“:
Ein Systemwechsel in Deutschland würde die Sache des Friedens wieder ungeheuer fördern. Man kann sich auch Personen denken, welche geeigneter für Friedensverhandlungen wären als die, die jetzt die Regierungsgeschäfte führen.

Die „Breslauer Volkswacht“ selbst kommt in ihrer Nummer vom letzten Montag auf ihren Vorschlag zurück und erklärt, daß zwei Neuerscheinungen der „Deputation an den Kaiser“ und der „Kandidatenliste“ — eine viel zu große Bedeutung beigegeben worden sei. Die Hauptsache sei aber die

Forderung eines neuen Systems
und einer neuen Regierung. Nachdem sie nochmals die Schwächen der Regierung Bethmann-Hollwegs kritisiert hat, sagt sie weiter:

Uns erscheint es im Interesse von Land und Volk dringend erforderlich, daß wir damit ins reine kommen und zuverlässige Kontrahenten nach außen werden, indem wir uns im Innern reformieren. Man täusche sich über den Ernst dieser Dinge nicht leicht hinweg. . . . Wir kommen zu keiner Verständigung mit irgendeinem andern Staate der Welt, solange wir nicht unser eigenes Haus in Ordnung gebracht haben, und dazu schlagen wir die denkbar mildeste Form vor.

So die „Breslauer Volkswacht“. Bei der Verfahrenheit der gegenwärtigen Situation können die Meinungen darüber, wie ein Ausweg aus ihr zu finden sei, scharf aneinander geraten. Aber der Eindruck sollte doch vermieden werden, daß ein Teil der sozialdemokratischen Presse sofort nervös wird, wenn ein anderer Teil dieser Presse der gegenwärtigen Regierung etwas am Zeuge stiftet. Man kann im Zweifel darüber sein, ob Zeit und Gelegenheit für die Sozialdemokratie gekommen ist, sich im Regierungstürzen zu betätigen. Man kann kaum im Zweifel darüber sein, daß es nicht die Aufgabe eines sozialdemokratischen Blattes ist, sich schützend vor die Regierung zu stellen, wenn sie angegriffen wird. Eine Regierung, mit der die Sozialdemokratie ein derartiges Schutz- und Trutzbündnis abschließen könnte, müßte jedenfalls ganz anders aussehen als die Regierung Bethmann-Hollwegs.

Auf keinen Fall wird die grundsätzliche Kritik an der Politik der Regierung
aus taktischen Gründen zu kurz kommen dürfen. Mag man auch der Meinung sein, daß dem gegenwärtigen Kanzler, wenn er siele, kein besserer nachfolgen würde, so wird deshalb die sachliche Kritik an Bethmann-Hollwegs Regierung nicht ihr Recht verlieren dürfen.

Ob ein Regierungswechsel erfolgt und wann er erfolgt, das hängt bekanntlich nicht von der Sozialdemokratie allein ab. Auf die Richtung aber, in der er sich gegebenenfalls vollziehen wird, kann die Sozialdemokratie einen sehr erheblichen Einfluß üben, wenn sie ihr Verhalten entsprechend einrichtet, d. h. wenn sie ihr sachliches Programm mit der alleräußersten Entschiedenheit vertritt. Eine Partei, die ihre Grundzüge zurückstellt, um eine im Amte befindliche Regierung zu schützen, würde auch bei einem Regierungswechsel keinen erheblichen Einfluß auszuüben imstande sein, da man von ihr annehmen würde, daß sie zu der neuen Regierung bald wieder in dasselbe Dienstverhältnis gelangen würde wie zu alten. Das Argument der politischen Hoffnungslosigkeit: „Es kommt nichts Besseres nach“, ist ja unsterblich, es gilt für jede Regierung und ist auch von den Nationalliberalen auf jede Regierung angewendet worden.

Die Konservativen, die von robusten Machinstincten besetzt sind, waren bekanntlich weniger menschenfreundlich, sie haben mehr daran gedacht, die Regierungen in die Abhängigkeit von ihrer eignen Partei zu bringen als daran, diese Partei von der Regierung abhängig zu machen.

Die Arbeiterklasse hat es bisher auch nicht an dem Bewußtsein fehlen lassen, daß sie eine Macht, eine aufsteigende Macht ist und nötigenfalls auch die Sprache der Rücksichtslosigkeit sprechen darf. Nur auf diese Weise darf sie hoffen, die Stellung im politischen Leben zu erringen, die ihr gebührt. Ihre geschichtliche Aufgabe ist es, eine

Sturmtruppe der Freiheit
zu sein, nicht aber eine Schutztruppe der derzeit im Amte befindlichen Regierung. —

Die Entscheidung des 3. Juli.

Der Verfassungsausschuß des Deutschen Reichstags ist von seinem Vorsitzenden Scheidemann für den 3. Juli, 10 Uhr vormittags, einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge betreffend die Einführung des Allgemeinen, gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten.

Die bisherigen Ergebnisse der Ausdehnungsarbeit sind stark umstritten. Die Konservativen tun so, als bedeuteten sie die halbe oder die ganze Revolution. Die Sozialdemokraten sehen in ihnen einen bescheidenen Fortschritt, der als Vorläufer weiterer in normalen Zeiten bedeutsam sein könnte, der aber ganz gewiß nicht das ist, was sie brauchen, um den Weg aus äußern Wirren und innern Verlegenheiten hinauszuweisen: eine große weithin sichtbare entscheidende Tat.

Eine solche Tat könnte es sein, wenn der Verfassungsausschuß die Einführung des gleichen Wahlrechts in allen Bundesstaaten beschließen, und wenn der Reichstag diesen Beschluß in seiner Sultigung bestätigen würde.

Nach der parteimäßigen Zusammensetzung des Ausschusses können wir eine solche Tat, die vom ganzen Volke mit Jubel begrüßt werden würde, von ihm kaum erwarten. Der Blick der meisten bürgerlichen Parteiführer ist starr auf die kleinen Fraktionsinteressen gerichtet, und die Volksnotwendigkeiten werden darüber übersehen.

Es ist selbstverständlich den Herren nicht zugumuten, daß sie gegen ihre unbeschreibliche Ueberzeugung stimmen; sich mit ihnen über diese Ueberzeugung auseinanderzusetzen, wird später einmal Sache ihrer Wähler sein. Aber so viel darf wohl schon gesagt werden: Von dem Augenblick an, in dem der Verfassungsausschuß in der Wahlrechtsfrage versagt, wird das Interesse der Sozialdemokratie an seinen weiteren Exerzitien — um es vorsichtig auszudrücken — sehr gering sein. —

Sozialdemokratie und Feldgrau.

III. (Schluß)

Das Beswehrerecht.

Seit dem Jahre 1880 wird im Reichstag der Kampf um eine Reform des Beswehrerechts geführt. Ueber die berechtigten Bedenken der Mannschaften, von diesem Beswehrerecht Gebrauch zu machen, ist schon genug gesprochen und geschrieben worden. Selbstverständlich hat die sozialdemokratische Fraktion auch während des Krieges immer wieder versucht, eine zeitgemäße Reform des Beswehrerechts herbeizuführen. Gerade auf diesem Gebiet aber hervorgetreten die Militärverwaltung ganz besonders hartnäckig, und sie fand dabei die Unterstützung der Reichheit der bürgerlichen Parteien. So wurde im April 1916 ein sozialdemokratischer Antrag abgelehnt, der forderte:

1. Wegfall des Begriffs der leichtfertigen Beschwerte;
 2. Strafbolizug nicht vor Erledigung der Beschwerte.
- Im Plenum sowohl als auch im Ausschuß kam es immer wieder zu lebhaften Auseinandersetzungen über das Beswehrerecht.

recht. Von einem Rechte hier zu sprechen, ist eigentlich etwas phantastisch, besser drückt man sich dahin aus, daß dem Soldaten die Möglichkeit der Beschwerte gegeben ist. Diese Möglichkeit aber birgt für den Soldaten eine solche Fülle von Gefahren aller Art, daß er in der Regel davon Abstand nimmt, diesen Weg zu beschreiten.

Die Auffassung militärischer Kreise über die Beschwerte kommt recht drastisch zum Ausdruck in einer Abhandlung des Professors Dr. Ernst Mayer über dieses Thema. Er sagt u. a.: Die Beschwerte enthält ganz regelmäßig eine Auflehnung gegen Maßnahmen des Vorgesetzten und gefährdet dadurch die Stellung des Befehlshabers; breitet sie sich aus, so kehrt sie das Subordinationsverhältnis ins Gegenteil um, die Kritik wird dann von demjenigen geübt, die in erster Linie verpflichtet sind, ihr Verhalten kritizieren zu lassen. Das Beswehrerecht ist daher ein notwendiges Uebel, notwendig zur Bekämpfung des Unrechts, ein Uebel, weil ihm eine leise Gefährdung der Disziplin eigentümlich ist.

Solche Ansichten darf man nicht respektieren, sondern man muß sie bekämpfen, um sie letzten Endes zu überwinden. In der jetzt abgeschlossenen Tagung des Reichstags beantragten daher die Sozialdemokraten abermals:

mit möglicher Beschleunigung eine Reform des militärischen Beswehrerechts herbeizuführen.

Diesmal wurde der Antrag sowohl im Ausschuß, als auch im Plenum angenommen.

In einem gewissen Zusammenhang damit steht die Frage des Anbindens als Disziplinarstrafmittel. Wer im Felde mit strengem Arrest bestraft wird, kann statt eingesperrt, angebanden werden, und zwar gilt 2 Stunden Anbinden für 1 Tag Arrest. Ueber das Barbarische dieser Strafmittel ist kein Wort zu verlieren, und nur ein einziger Sozialdemokrat fand sich im Ausschuß, der es fertigbrachte, diese Strafmittel nicht entbehrlich zu bezeichnen. Die Sozialdemokraten beantragten: zu veranlassen, daß die Strafe des Anbindens im Gees und in der Marine beseitigt wird.

Der Kriegsminister verhielt sich zunächst strikt ablehnend, der Antrag fand aber einstimmig Annahme.

Mittlerweile ist durch eine Verordnung des Kaisers das Anbinden in der Armee verboten worden.

Zurückziehung älterer Mannschaften.

Die militärische Dienstpflicht endet mit der Vollendung des 45. Lebensjahres. Die Beschwörung enthält aber die Vorschrift

lung, daß während eines Krieges niemand aus dem Heeresdienst ausgetreten kann. Bei der langen Dauer des Krieges werden insbesondere heute viele Soldaten bereits in 48. Lebensjahr. Der Wunsch dieser alten Soldaten, in die Heimat entlassen zu werden, ist begründet.

Im März 1916 brachten die Sozialdemokraten folgenden Antrag ein:

Bei der Obersten Heeresleitung zu beantragen, daß Mannschaften, die das 46. Lebensjahr überschritten haben, in weitem Umfang als bisher, hinter der Front verwendet werden.

Dieser Antrag fand keine Mehrheit. Beim nächsten Zusammentritt des Reichstags, im Oktober 1916, beantragten die Sozialdemokraten dann:

daß die Jahrgänge 1869 und 1870, letztere, soweit und sobald sie das 47. Lebensjahr vollendet haben, aus dem Heeresdienst entlassen werden.

Dieser Antrag wurde abgelehnt und stattdessen folgender Antrag der bürgerlichen Parteien, denen der sozialdemokratische Antrag zu weit ging, angenommen:

Die verheirateten Mannschaften, besonders solche mit großer Kinderzahl, der älteren Jahrgänge, soweit es aus militärischen Gründen angängig erscheint, für längere Zeit in die Heimat zu beurlauben.

Angenommen wurde aber dann der weitere sozialdemokratische Antrag:

in Erwägungen darüber einzutreten, ob und welche Maßnahmen ergreifen werden können, damit die im Heeresdienst stehenden weitem Söhne solcher Familien, die bereits einen oder mehrere Angehörige durch den Tod im Felde verloren haben, zum Dienst in der Steppe oder in der Heimat verwendet werden.

Es ist denn auch eine Verfügung in diesem Sinne ergangen, mit der Ausdehnung, daß auch die Väter kinderreicher Familien von der Front zurückgezogen werden sollen. Leider ist das nicht in dem gewünschten Umfang geschehen; vielmehr ist in zahlreichen Einzelfällen erklärt worden, daß die Zurücknahme aus dienstlichen Gründen nicht möglich sei. Unser Genosse haben mit aller Deutlichkeit gefordert, daß solche Erlasse Geltung verschafft werden müsse, wenn nicht alle die zahlreichen Hoffnungen zerstückt werden sollen, die darauf aufgebaut wurden.

Die Kriegsbefehlsordnung. Für den Frieden ist im Etat genau festgesetzt, welche Gehalte die Offiziere und Beamten beziehen. Im Krieg ist das

andere. Hier gibt die Kriegsbefehlsordnung, die nicht auf einem Gesetz, sondern auf einer Jahresliste alten preussischen Verordnungen beruht.

Diese Kriegsbefehlsordnung galt natürlich auch 1870 und ist dann später in den kolonialen Kriegen angewendet worden. In die gesetzliche Regelung dieser Materie dachte niemand, weil man mit einem bevorstehenden Kriege nicht rechnete.

Das Interesse an der Kriegsbefehlsordnung wurde natürlich plötzlich akut, als der Krieg ausbrach. Nun aber war es ganz unmöglich, ein Exemplar der Kriegsbefehlsordnung zu erlangen. Fast 1 Jahr verging, bis es möglich war, Einblick in die Kriegsbefehlsordnung zu gewinnen. Die Gehalte erwiesen sich teilweise als enorm hoch. Die Regierung vertrat zuerst den Standpunkt, daß die Festsetzung der Befehlsordnung im Krieg ein Ausfluß der kaiserlichen Kommandogewalt sei. Dem traten die Sozialdemokraten energisch entgegen, mit dem Hinweis darauf, daß es geradezu sinnlos wäre, wenn der Reichstag, der im Frieden die Höhe der Gehalte festzusetzen hat, im Kriege lediglich das Geld zu bewilligen, in dessen Verwendung aber nicht hineinzureden hätte. Unterstützung fand die Regierung nur bei den Konservativen, alle anderen Parteien pflichteten der sozialdemokratischen Auffassung bei, daß die Kriegsbefehlsordnung auf dem Wege der Gesetzgebung festzusetzen sei.

Im August 1915 stimmte der Reichstag einer von den Sozialdemokraten im Hauptauschuß eingebrachten Resolution zu: eine sofortige allgemeine Revision der Kriegsbefehlsordnung zu veranlassen.

Der Bundesrat stimmte aber nicht zu, sondern sagte in seiner Entschliebung:

Eine allgemeine Revision des Kriegsbefehlswesens muß mit Rücksicht auf die gegenwärtige Belastung der beteiligten Ressorts mit dringlicheren Arbeiten einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. Fortgesetzt wird aber darauf Bedacht genommen, auftretende Mängel der heutigen Gehaltsfestsetzung noch während des Krieges zu beseitigen.

Im Dezember 1915 wurde der Antrag wiederholt, insbesondere mit dem Hinweis darauf, daß mit der Reform bei den schlechter bezahlten Stellen eingeleitet, die hochbezahlten Stellen aber gar nicht berührt würden. Der Antrag fand wieder Zustimmung; der Bundesrat erklärte abermals, es werde daran gearbeitet, Mängel zu beseitigen. Die Regierung nahm auch fortgesetzt Reformen vor, sie beschnitt schließlich auch die Gehalte der neu ernannten Generale.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sehr Gehör gefunden. Sie muß immer wieder eine Reform der Kriegsbefehlsordnung verlangen: Streichungen bei den oberen Gehaltsstufen bei den unteren Stellen. Sie läßt scharfe Kritik an der Art, wie diese Reformen vorgenommen wurden und verlangte immer wieder die gesetzliche Regelung dieser Materie, denn alle Reformen mußten schließlich Stück und Brot werden bleiben.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die sie im Interesse der Soldaten entwickelt hat, ist mit dieser knappen Zusammenfassung keineswegs erschöpft. Sie erwies sich stets als die treibende Kraft. Eine Fülle von Anregungen, die von ihr ausgingen, hat Beachtung gefunden. Die Interessen der Offiziere und der Beamten-Stellvertreter wurden von den Sozialdemokraten so gut wahrgenommen, wie die Interessen der Unteroffiziere. Gegen die Briefgenjur im Felde wurde scharf angekämpft und gefordert, daß die Bemerkung, wenn sie vorübergehend notwendig sein sollte, nicht bei der Kompensierung, sondern bei einem höheren Grade vorgenommen werden solle, auch, daß aus dem Inhalt solcher Briefe dem einzelnen Mann kein Nachteil erwachsen dürfe. Eine gerechte Verteilung der Kantinenüberschüsse und anderer, den Mannschaften gehöriger Gelder ist immer wieder verlangt worden. In zahlreichen Fällen war es möglich, direkt eingzugreifen und Unbillstände zu beseitigen, die besonders drückend waren. Auf die schlechten Beförderungsverhältnisse des Zeug- und Feuerweckpersonal ist wiederholt hingewiesen worden. Die da und dort auftretenden Verwundeten oder kriegsinvaliden wurden scharf gezeilt, und in der Regel gelang es auch, Abhilfe zu schaffen. Die Lage der Kriegsgesangenen wurde eingehend besprochen, die rasche Entlassung unzulänglich gewordener Mannschaften gefordert und dringende Vorkehrungen bei den Aushebungen empfohlen.

Es ist kein Eigenlob und keine Hebertreibung, wenn man konstatiert, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion an gewaltigen Stück Arbeit im Interesse unserer selbigen Brüder geleistet hat, als ein wahrer Hort des Volkes in Waffen, dem recht bald eine glückliche Heimkehr beschieden sein möge, um dann wieder arbeiten zu können an den Werken der Menschlichkeit und der Kultur.

A. Stöckel, R. d. R.

Was der Krieg bringt.

Der Fall Grimm.

Die Erklärung, die Grimm in Stockholm, nachdem er dort von Petersburg angelangt war, abgegeben hat, liegt uns im Wortlaut vor. Demnach wird die Rolle Grimms noch merklicher, um nicht zu sagen zweideutiger.

Aus den Veröffentlichungen in Bern, an deren Richtigkeit wohl nicht zu zweifeln ist, ergibt sich folgender Lebenslauf:

Am 27. Mai hatte Grimm durch die schweizerische Gesandtschaft in Petersburg an den Bundesrat Hoffmann eine Depesche geschickt, worin er den Bundesrat ersucht, ihm, nämlich Grimm, über die ihm, nämlich Hoffmann, bekannten Kriegsspiele der Regierung eine Mitteilung zu machen. Am 2. Juni sendete Hoffmann das offizielle Antwortschreiben an die schweizerische Gesandtschaft in Petersburg ab, die dann Grimm Mitteilung machen sollte. Nun erklärt Grimm:

Am Abend des 2. Juni erschienen die Genossen Speidel und Reclus bei mir und zeigten mir die verblüffende Anfrage, ob der schweizerische Gesandte in Petersburg Friedensverhandlungen der deutschen Regierung zur Mittelschlichtung oder Vermittlung an die russische Regierung mit übergeben oder ein befugigendes Schreiben an mich gerichtet habe. Es befiel ein demütigendes Dokument, in welchem mein Name erwähnt und das dem russischen Legaten in Bern an den Schweizerischen Botschafter in Petersburg gerichtet werden sollte. Wahrheitsgemäß verneinte ich beide Fragen. Auf Erheben befiel ich diese Verneinung schriftlich zu haben der beiden schweizerischen Botschafter Speidel und Reclus und sagte bei, daß ich es überhaupt prinzipiell ablehne, den Botschafter von Friedensplänen irgendwelcher Regierung zu sprechen. Am 12. Juni erhielt ich durch Vermittlung der Minister Speidel und Reclus die Kopie der in Frage stehenden Depesche an den Schweizer Gesandten in Petersburg. Ich stelle fest, daß mir eine solche Depesche weder direkt noch indirekt übermittelt wurde. Nicht ich das Telegramm als ein von deutscher Seite kommendes Schreiben, sondern die beiden Schweizer Botschafter in Petersburg, so bestimmte ich einen solchen Brief als ein Fälschung.

Daß Grimm die Berner Depesche an den schweizerischen Gesandten nicht erhalten hat — sie ist ja angefragt worden und wahrscheinlich hat sie nicht einmal der Gesandte selbst bekommen —, ist richtig und jenseitig ist keine Abfertigung mehr. Aber diese Behauptung ist doch nur eine Spiegel-Reflexion. Er hat die Depesche nicht bekommen; aber das ist ja nur ein Detail! Er hat aber doch die Auskunft verlangt, die Depesche Hoffmanns selbst herbeigebracht; er hat ja (nach den Angaben) den Bundesrat Hoffmann um diese Mitteilung selbst ersucht. Wie kann es sein, daß der Botschafter in Bern, der ja nach oben, aber seine Anfrage (an Hoffmann) so gründlich beantwortet hat, daß er doch an Hoffmann die Frage gerichtet hat: wie kann er nun die Antwort — deutscher Seite — bekommen?

Für mich ist nach dieser Sache, daß nach der Hauptfrage nicht nur die Behauptung, daß nach oben geschickt, gar kein Zweifel, daß die ganze Affäre von Grimm angeht. Ob er es aus eigener Neugierde oder in irgendwelcher Absicht geschickt hat, ist unklar.

Wichtiges fällt, wie ich jetzt herausgefunden habe, die Verantwortung der in der Depesche an den Schweizer Gesandten

an Grimm nicht Branting zur Last; er hat sie nur aus der „Times“ nachgedruckt. Er hat also weiter nichts getan, als die selbstverständliche Pflicht eines neutralen Publizisten erfüllt, überaus wichtige Ereignisse seinen Lesern nicht vorzuenthalten. Das Telegramm Hoffmanns ist an der russischen Grenze von englischen Spionen abgefangen und in der russischen Bottschaft in Petersburg dechiffriert worden. Das muß sich gleich nach dem 2. Juni abgespielt haben, an dem das Telegramm von Bern aus abging. Sobald Grimms Ausweisung bekannt wurde, ist die englische Uebersetzung des Hoffmannschen Telegramms nach London telegraphiert worden, dort in der „Times“ erschienen und von einem Londoner Korrespondenten nach Ercheinen in der „Times“ an das Stockholmer sozialistische Blatt telegraphiert worden, das sie abdruckte. Von dort ist sie dann durch einen deutschen Korrespondenten nach Berlin gekommen. Aber ohne die Quelle Brantings zu nennen.

Ein Grimmscher Brief.

Da das „Berliner Tageblatt“ weisheit, hat Nationalrat Grimm an den Stockholmer Botschafter Speidel einen Brief gerichtet, in dem er ausführt, das bekannte Telegramm des Bundesrats Hoffmann sei die Antwort auf eine Anfrage, die in seinem Auftrag gestellt worden sei. Er habe in der Anfrage allgemein um Mitteilungen über die bekannten Kriegsspiele der Regierung gebeten, nicht aber um die speziellen Kriegsspiele oder Verhandlungen für einen Sonderfrieden. Eine frühere Verhandlung zwischen Bundesrat Hoffmann und Grimm fand danach nicht statt, ebensowenig ein anderer Telegrammwechsel als der jetzt bekannte. Hoffmann als deutschen Agenten zu betrachten, weil er über bekannte Kriegsspiele einem für den allgemeinen Frieden tätigen Schweizer Parlamentarier ein Schreiben bekanntgab, sei absurd.

Grimm handelt sich mit seiner Anfrage an das politische Departement in Bern, weil wiederholt dem sozialdemokratischen Parteivorstand von der schweizerischen Regierung angefordert worden war, eine Friedensvermittlung anzubahnen und die schweizerische Regierung, wenn sie zu dieser Friedensvermittlung bereit sei, über die Kriegsspiele und Friedensverhandlungen mitzuteilen müßte.

In weiteren Verlauf seines Briefes sagt Grimm: „Ich bemerke hierbei, wenn ich feststelle, was die dänische Partei in Stockholm seit jedem Tag versucht und was selbst die zweite schweizerische Regierung in ihren Verhandlungen bis zu einem gewissen Grade bezeugt, daß die gegenwärtigen Zustände in Russland militärisch, wirtschaftlich und sozial unhaltbar sind, und daß es einer Reorganisation bedarf, die mindestens das Herz einiger Wochen sein kann. Es ist nicht nur meine Meinung, sondern die Zustimmung der großen Mehrheit der Sozialisten, mit denen ich zu großen Gelegenheiten spreche, daß eine solche Reorganisation, ohne die die vollständige Katastrophe unvermeidlich ist, die wichtigsten zentralen Einrichtungen des Krieges bedingt, und daß ein solches Projekt die einzige Möglichkeit zur Rettung der Revolution ist.“

Grimm führt dann aus, über die Mittel zur Herbeiführung des Friedens gingen die Meinungen innerhalb der Arbeiterklasse

auseinander, eine nicht unbeträchtliche Schwärzlichkeit liegt in der Unkenntnis der Grundlage, auf denen ein Frieden zustande kommen solle. Wiederholt sei ihm die Frage gestellt worden, was die andere, das heißt die Kriegführenden, wollen, was der Kampf eigentlich noch gehe und was etwa als Basis für Verhandlungen gelten solle.

Die Genfer Aufregung.

Aus Genf wird uns geschrieben: Der längere Zeit an den Ufern des Genfer Sees gewohnt hat, wird gemerkt haben, daß Einheimische und Gäste auf die Pariser Stimmungslagen ungemein stark reagierten. Genf ist heute mehr noch als in Friedenszeiten der Hauptberort von Paris geworden. Früher hatte es dies Schicksal mit Brüssel. Heute genießt es alle Vor- und Nachteile materieller und geistiger Abhängigkeit von der Hauptstadt Frankreichs ganz allein.

Damit stellen sich als Begleiterscheinungen auch die Leiden ein. Die Pariser Note sind auch die Note von Genf geworden. Wir fühlen sie nicht unmittelbar. Aber wir fühlen sie durch die Pariser, die uns, ob wir wollen oder nicht, zu Genossen ihrer Leiden machten. Alle Pariser, die hierherkommen, fühlen sich hier wie zu Hause. Sie betrachten Genf als ihr Absteigequartier und erhöhen ihre Ansprüche in dem Maß, in dem ihre Leiden wachsen. Sie blicken auf Genf wie auf ihre Domäne.

Die Genfer fühlen sich pariserisch und sind stolz auf ihre Abhängigkeit. Je mehr die Pariser leiden, desto größer das Mitleidgefühl der Genfer, desto intimer ihre Anteilnahme, desto leidenschaftlicher ihre Parteimahne für die Sache Frankreichs. In letzter Zeit, so gegen Ende Mai, ging es der großen Masse der Genfer schlecht. Paris wurde nervös, höchst beunruhigt und aufgeregter. Die Nervosität, Unruhe und Aufregung teilte sich sofort der Stadt Coligny und Rouffey mit.

Am Samstag den 17. Juni herrschte bei uns förmlich Schmetterstimmung. Unsere Pariser stehen die Köpfe hängen. Niemand ein Schlaf. Nebenbei düstere Wolken. Auch Wälder mochte nicht mehr „sehen“. Da kommt die Nachricht, daß ein gewisser Schweizer, Politiker mit bekanntem Namen, die „Sache Frankreichs verraten“ hätten. Am Sonntag abend gingen dunkle Gerüchte durch die Stadt in Petersburg. Hatten Deutsche aus der Schweiz Schritte zugunsten eines Sonderfriedens zwischen Russland und den Mittelmächten unternehmen.

Es ist schwer, die Erregung zu beschreiben, die sich in der Nacht zum Montag des Publikums bemächtigte, obwohl noch keinerlei Depesche der ersten Redaktionen vorlag. Ich besand mich in der Altstadt so zwischen Unversität, Kathedrale, Rathaus und Vicaria Hall. Eine Menge Kaffeehausbesucher hängten auf die Straßen und zogen unter Lärmen und Verdächtigungen nach den Redaktionen und der Bureau, in denen Pariser Journaleisten stunde lang Arbeit verrichteten. Aber Türen und Fenster waren verschlossen. Was mußte sich schon bis zum nächsten Morgen gehalten.

Der Montag brachte die erste Aufklärung des Falles Hoffmann-Grimm. Das Staunen wuchs und mit ihm die Hetz. Man hätte vieles für möglich gehalten, sagte mir ein namhafter Politiker, aber daß einer der höchsten Beamten der Schweiz, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Schweiz, und daß der Führer der schweizerischen Sozialisten sich

Er den „Sturm“ der Schweiz „Frankreich“ stellen... hätte sich niemand träumen lassen können. Umsonst ver- suchte ich es mit dem Hinweis, daß Grimm in der ganzen Schweiz als der größte Deutschfeind bekannt wäre, daß er noch nie ein Wort zugunsten der Deutschen gesprochen oder geschrieben hätte, daß sein Organ, die „Berne Tagblatt“, in gehässigen Angriffen gegen Deutschland nicht weit hinter der „Tribune de Genève“ und der „Gazette de Lausanne“ marschiere. Hier hatten keine Ueberredungskünste mehr. Der einzelne ist zu schwach, er muß die Dinge ihrem Lauf nehmen lassen.

Wir stehen vor einem neuen Falle von Kriegsspharise. Das Schlagwort Sedra ist in die Masse geworfen und übt seine Macht aus. Wie soll das enden? Niemand, der sich nichternem Sinn bewahrt hat, kann es sagen. Zu viele und zu einflussreiche Kräfte sind am Werk, um aus kleiner Ursache größte Wirkungen zu erzielen. Was auch kommen wird, man übersehe ja nicht die Tatsache, daß die Hälfte aller Conser Franzosen aus Frankreich sind, man vergesse ja nicht, daß Frankreich am Ende seiner Kraft steht, daß ihm und seinen Freunden jedes Mittel recht ist, wenn es nur zum Ziele führt, man behalte immer im Auge, daß die Regie, die das Schauspiel am Genfer See leitet, in bezüglichen Pariser Händen ruht.

Während ich diese letzten Zeilen zu Papier bringe, sehe ich, wie immer neuer Pariser Agitations- und Brandstoff unter die leidenschaftlich erregten Geister geworfen wird. Agenten laufen von Haus zu Haus, um durch Aufzogen bei Portiers, Diensthöfen und feindlichen Nachbarn die Zahl und die Namen der „Spione“ festzustellen. Die albernsten Märchen über politische und militärische Anschläge, die deutschschweizerische Politiker im Verein mit den Feinden des Verbandes vorbereiten sollen, machen die Runde und erhitzen die Gemüter. „Die Schweiz will durchaus mit dem Sieger gehen!“ höre ich in einem Café am Grand Quai ausrufen. Von nichts andern unterhält sich Klein-Paris am Genfer See als von den Intrigen der Deutschen in Bern und Vevey.

Selbst der haarschraubende Instanz findet Gläubige. Die Geze ist beispiellos und hat doch Methode. Ganz Genf macht den Laumel mit. Merkt auch nicht die Absicht der Schürer, Voraussetzungen zu schaffen, um die Schweiz auf „griechisch“ zu behandeln.

Der Seekrieg.

Im Kampf mit einem U-Boot. Nach dem „Matin“ wurde der englische Dampfer „Tora“ in der Nähe der englischen Küste von einem deutschen U-Boot angegriffen, er nahm den Kampf auf und konnte schwer beschädigt den Hafen erreichen.

Wesentl. Der dänische Dampfer „Stungsaard“ wurde auf der Reise von Spanien nach England versenkt. Die Besatzung wurde gerettet und in Spanien gelandet. — Die norwegischen Dampfer „Frederic“ und „Fido“ sind von einem U-Boot versenkt worden.

Feld- und Forstdiebstähle.

In der Zeit, in der in Gärten und auf den Feldern die Früchte reifen, mehren sich in jedem Jahr auch die Felddiebstähle. Sie sind dann besonders zahlreich, wenn wirtschaftliche Not schwer und drückend auf der Bevölkerung lastet. Die Achtung vor der Unverletzlichkeit des Eigentums schwand in solchen Zeiten in größtem Umfang, und es werden dann auch Menschen zur Begehung von Diebstählen gedrängt, die sich sonst keine Uebertretung zuschulden kommen lassen.

Die Kriegszeit hat aus den bekannten Gründen eine Knappheit an Nahrungsmitteln und eine außerordentlich drückende und zum Teil durchaus unberechtigte Teuerung gebracht. Nur wenige Lebensmittel gibt es, die nicht zugeteilt, nicht rationiert sind. Dabei steht fest, daß die Erfassung der Lebensmittel bei den Erzeugern und die Organisation der Verteilung ganz ungenügend sind. Nur weil es möglich ist, daß sich ein großer Teil der Bevölkerung auf dem Wege der Schleichversorgung noch geringe Mengen von Nahrungsmitteln beschaffen kann, ist es verständlich, daß sich dieses mangelhafte System aufrechterhalten läßt. Würde die Erfassung und Verteilung aller vorhandenen Lebensmittel in gerechterer und einwandfreierer Weise geschehen, könnte auf die Schleichversorgung verzichtet werden.

Nun ist es jedoch insbesondere der ärmern Bevölkerung, die keine Beziehungen und Verbindungen hat, unmöglich, sich auf diese Weise Nahrungsmittel zu beschaffen. Außerdem wird ihr das durch die Teuerung zur Unmöglichkeit gemacht. Daher ist es durchaus erklärlich, wenn gerade in der Kriegszeit die Feld- und Garten diebstähle zunehmen.

Das Ueberhandnehmen dieser Diebstähle hat dazu geführt, daß Bestrebungen im Gange sind, die Strafen für Feld- und Forstdiebstähle beträchtlich zu verschärfen. Von den Bestürmtern dieser härtesten Bestrafung wird gesagt, daß harte Zeiten harte Mittel erfordern und daß das Interesse der öffentlichen Sicherheit Strafanordnungen fordert, die durch ihre Höhe den Eigennütigen in Schranken halten sollen. Auch der Aufenthalt außerhalb der öffentlichen Straßen und Wege in Feldmarken und Forsten soll in der Zeit zwischen einer Stunde nach Sonnenuntergang und einer Stunde vor Sonnenaufgang mit den gleichen hohen angelegten Strafen geahndet werden.

Die Verübung der Diebstähle soll und kann nicht gutgeheißen werden. Ganz besonders auch deshalb nicht, weil davon Leute mit betroffen werden, die selbst unter vielen Mühen und Schweiß durch den Anbau von Früchten ihre karglich besetzte Stütze ein klein wenig aufbessern wollen und die daher jeder Diebstahl an ihren Erzeugnissen hart trifft. Aber weil in den allermeisten Fällen aus den oben angeführten Gründen die wirtschaftliche Notlage die Ursache der Diebstähle ist, sind sie begreiflich. Diese Ursachen anerkennen, zwingt dazu, ihre Beseitigung mit allen Mitteln anzustreben, und kann nicht dazu führen, das Abwehrmittel in hohen Gefängnis- und Geldstrafen zu suchen.

Im Schleich- und Reitenhandel werden immer noch große Mengen Nahrungsmittel zurückgehalten und zu wucher-

rischen Preisen umgesetzt. Die Höchstpreise werden nicht beachtet oder fortgesetzt umgangen. Die Folge ist, daß die Teuerung immer schärfer hervortritt und die Beschaffung des Lebensunterhalts weichen Volksschichten immer untragbarer erschwert wird. Die Lebensmittelwucherer fügen durch ihr gewissenloses, eigenmächtiges Vorgehen dem Volksganzen einen ungeheuren Schaden zu; sie sind nicht zuletzt mit daran schuld, daß sich die Eigentümern der Felder und Gärten diebstahlhaft die Strafen, die gegen sie verhängt werden, sind viel zu milde und stehen mit Rücksicht auf das gemeingefährliche Verbrechen in traurigem Mißverhältnis zu den Strafen, die arme Schächer zu gewöhnlichen haben, die sich nicht etwa aus Uebermut, sondern weil sie keinen andern Ausweg sehen, ein paar Kartoffeln oder eine kleine Menge anderer Früchte vom fremden Acker aneignen.

Wenn die Bestürmter harter Strafen für Felddiebstähle diese Wucherer, die am Munde des Volkes saugen, unschädlich machen und ihnen ihr unsauberes Handwerk bereiten, würden auf dem Lebensmittelmarkt erträglichere Zustände geschaffen. Das würde die weitere Wirkung haben, daß die Feld- und Garten diebstähle wesentlich zurückgingen.

Bis diese Wendung eintritt, würden wir bedauern, wenn in Verkennung der Verhältnisse die Bestrebungen auf höhere Bestrafungen Erfolg haben und dadurch arme, von Not und Sorgen schwer heimgejudete Menschen auf lange Zeit ins Gefängnis geworfen würden.

Notizen.

Die neue Kreditvorlage. Am Donnerstag den 5. Juli, nachmittags 3 Uhr, wird der Reichstag wieder zusammentreten. Auf der Tagesordnung steht die erste und zweite Beratung der Kreditvorlage.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgetreten ist der Abgeordnete Rautz, der im Reichstag den Wahlkreis Bitterfeld-Delitzsch vertritt. Er hat sich der Fraktion der Unabhängigen angeschlossen, die nunmehr 21 Mitglieder zählt.

Polnische Sprache im Religionsunterricht. Wie die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt, hat der Kultusminister neuerdings über den Gebrauch der polnischen Sprache im Religionsunterricht der Volksschulen in der Provinz Posen eine Anordnung getroffen. Danach soll auch ohne besonderen Antrag der Beteiligten überall da, wo von den in die Schule eintretenden Kindern ein Teil der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig ist, für diese Kinder auf der Unterstufe Religionsunterricht in polnischer Sprache eingeführt werden. Mit dieser Anordnung des preussischen Kultusministers bricht die Regierung mit ihrer bisherigen Schulpolitik in den polnischsprachigen Landesteilen.

In den Verhandlungen in Stockholm. Die Verschiebung der allgemeinen Stockholmer Konferenz durch den russischen Arbeiter- und Soldatenrat auf eine spätere Zeit hat ihren Grund lediglich in der physischen Unmöglichkeit der Engländer und Franzosen, zu dem angeetzten Termin nach Stockholm zu kommen. — 1400 deutsche und österreichische Kriegsgefangene in Rußland drängten dem Konferenzkomitee in Stockholm ihre Glückwünsche für die Konferenz. Weiter sprachen sie die Hoffnung aus, die Konferenz möge auch dahin wirken, daß die Gefangenen in Rußland die gleichen Rechte, wie sie die russischen Vergleuten haben, erhalten. Auch sollen die Zentralstaaten die Kriegsgefangenen Russen gleich günstig stellen. — Der russische Arbeiter- und Soldatenrat hat MacDonald und Jowett eingeladen, nach Petersburg zu kommen.

Der neue Außenminister der Schweiz. Die schweizerische Bundesversammlung wählte am Dienstag mit 168 von 192 Nationalrat Gustav Ador, den Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Der Neugewählte war seit 1874 Mitglied, von 1879 bis 1881 Staatsrat, seit 1889 Nationalrat und 1901 Nationalratspräsident. Er ist Westschweizer und als solcher ausgesprochen ententefreundlich, was möglicherweise auf das Verhältnis Deutschlands zur Schweiz nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Die Unruhen in Irland. Das „Amsterdamer „Allgemeines Handelsblatt““ meldet aus London, daß die Unruhen in Cork sehr ernster Natur waren. Die Sinnfeiner hatten die Stadt am Sonnabend früh vollständig in ihrer Macht; die Menge von Gassen, Gebäude zu zerstören, als eine Abteilung Polizei mit aufgepflanzten Bajonetten heranzügte. Die Polizei mußte sich, nachdem mehrmals gefeuert worden war zurückziehen. Sie erhielt Verstärkungen, worauf der Kampf mit wechselndem Erfolg fortgesetzt wurde. Schließlich wurde Militär zu Hilfe gerufen.

Ein falscher Märtyrer. Der Sekretär der schweizerischen Jugendbewegung, Rünzberg, einer der kühnsten Kämpfer im Kampf gegen Vaterlandsverteidigung, hatte wie Grimm eine der russischen Emigrantengruppen bei ihrer Rückkehr aus der Schweiz in die Heimat durch Deutschland begleitet und die dabei nötigen Verhandlungen mit den deutschen Behörden geführt. Das rief in der Schweiz großes Erstaunen hervor, weil Rünzberg allgemein als deutscher Militärflüchtling gilt. Sowohl vom „Grübler“ wie von der „Berne Tagblatt“, also von rechts und links, wurde die Frage aufgeworfen, weshalb die deutschen Behörden einen Refraktär unbehelligt durch Deutschland hin- und herreisen lassen und noch behördlich mit ihm verkehrten. Rünzberg schrie gewaltig, man hätte ihn „benutzt“ und Rünzbergs Freunde sprachen von einem „Lobesurteil“, das man dadurch über den antimilitaristischen Märtyrer gefällt habe, der sich mutig in die Höhe des Larmes gewagt hätte. Da aber die neugierigen Frager nicht verstanden, gab Rünzberg schließlich die Erklärung ab, daß seine antimilitarischen Angelegenheiten inzwischen „geordnet“ seien. Nun wurde auch der Parteivorstand ruhig, der bis dahin Rünzberg energisch verteidigt hatte und lud ihn zu einer Sitzung. Da mußte Rünzberg denn die Wahrheit bekennen, daß er sich seit 2½ Jahren als deutscher Militärflüchtling hatte feiern lassen, sich bei jeder Ruferung geizig gestellt habe und untauglich befunden worden sei. Selbstverständlich ist es nun mit Rünzbergs Berühmtheit als „praktischer Dienstverweigerer“ vorbei.

Ausflug Griechenlands an die Entente? Renter meldet aus Athen: Unter den Vorschlägen, welche dem griechischen Parlament bei der Einberufung vorliegen, dürfte sich ein Antrag befinden, wonach sich Griechenland auf die Seite der Alliierten stellen wird. Benzelos beschäftigt aber nicht, das griechische Volk gegen den eigenen Willen mobil zu machen.

Französische Truppen besetzen Athen. Genoa meldet aus Athen: Französische Abteilungen besetzen verschiedene Punkte der Hauptstadt und der Gegend. Jappein, um jeder Art von Unruhen vorzubeugen. Das Kabinett Benzelos wird am Mittwoch, gebildet; die Ministerliste ist heute vorgelegt worden. Die Stadt ist ruhig.

Am Lens-Bogen.

H. L. B. Großes Hauptquartier, 27. Juni 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Bei schlechter Sicht war die beiderseitige Artillerietätigkeit an der Front geringer als in den Vorzügen, nur in einzelnen Abschnitten nahm das Feuer zeitweise zu.

In den Morgenstunden wurden gegen den vorstpringenden Lens-Bogen angreifende starke englische Kräfte unter schweren Verlusten abgesehen. In einem Vorfeldgraben beiderseits der Straße Arras-Lens setzte sich der Gegner fest.

Bei Fontaines blieben Fortschritte feindlicher Abteilungen erfolglos; ebenso scheiterten an mehreren Stellen der Arras-Front Angriffe von Erkundungsabteilungen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Abgesehen von starkem Feuer nordwestlich von Craonne sowie beiderseits der Straße Corbeny-Verran-Bac hielt sich die Kampftätigkeit im allgemeinen in mäßigen Grenzen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich der Bahn Lemberg-Tarnopol und an der Karajowa blieb das Artillerie- und Minenfeuer lebhaft. An der Blata Riva brachten wir von einem gelungenen Erkundungsvorstoß mehrere russische Gefangene zurück.

Ragedonische Front

Im Cerna-Bogen und südlich lebte die Feuerartillerie teilweise auf.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Französischer Bericht.

Vom 26. Juni nachmittags: Gegen Ende des gestrigen Tages unternahm unsere Truppen nach kurzer Artillerievorbereitung einen glänzenden Angriff nordwestlich Hurbise gegen einen vom Feinde stark ausgebauten Vorprung. Alle unsere Ziele wurden erreicht. In einigen Augenblicken fiel die erste deutsche Linie in unsere Gewalt. Feindliche Gegenangriffe auf beiden Flügeln der eroberten Stellung, die durch heftige Beschichtung unterstützt wurden, wurden durch unser Feuer gebrochen. Der durch die Möglichkeit des Angriffes überhandte Feind erlitt erhebliche Verluste und ließ mehr als 300 Gefangene, darunter zehn Offiziere, in unsere Hände. Verschiedene feindliche Handfeuer gegen unsere kleinen Posten im Abschnitt von Ailles, in den Argonnen und in Gegend von Talmay scheiterten in unserm Feuer.

Depechen.

40500 Tonnen versenkt.

H. L. B. Berlin, 26. Juni. (Amtlich.) Eins unserer U-Boote hat im Atlantischen Ozean neuerdings acht englische bewaffnete Dampfer mit 40500 Bruttoregistertonnen versenkt, und zwar: Die Dampfer „Harburg“ (4572 Tonnen) mit Hafer und Mais nach Frankreich, „Appledore“ (3843 Tonnen) mit Hafer und Getreide nach England, „City of Perth“ (3427 Tonnen) mit Stützgut nach England, „Busfall“ (4106 Tonnen) ebenfalls mit Stützgut, ferner einen unbekanntenen Dampfer von etwa 12000 Tonnen, der schwer beladen nach Amerika fuhr, sowie drei große, beladene Frachtdampfer, von denen einer aus Getreide herausgeschossen wurde.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Kriegsrat der Entente.

H. L. B. Paris, 26. Juni. (Genoa.) In Saint Jean de Maurienne fand eine militärische Beratung statt, an welcher Generalfeldmarschall Cadorna, der englische General MacCliffe und die Generale Foch und Perrin teilnahmen. Obwohl größte Zurückhaltung über den Gegenstand der behandelten Fragen geboten ist, ist doch so viel gesagt, daß Cadorna und Foch zu einem Einverständnis über die Art der Zusammenarbeit der französischen und italienischen Truppen bei den bevorstehenden Operationen in Kleinasien und an den heiligen Stätten gekommen sind. Sie haben auch die Lage geprüft, die auf dem Balkan infolge der jüngsten Ereignisse in Griechenland sich ergeben hat, und endlich die Pläne der allgemeinen Offensive studiert, die die Alliierten jetzt gleichzeitig beginnen müßten, wo es mehr als genug scheint, daß Rußland demnach in der Lage sein wird, auch seinerseits die Offensive zu ergreifen.

H. L. B. Rom, 26. Juni. (St. Jean.) Nach der Zusammenkunft in St. Jean de Maurienne ist Cadorna nach Turin zurückgekehrt und sofort nach dem Kriegsgelände abgereist.

Nur keinen Frieden!

H. L. B. Paris, 26. Juni. (Genoa.) Sibiani hat am Dienstag in der Kammer einen Gegenwurf eingebracht, der die Mäßigkeit und häufigste Unterdrückung der Propaganda durch Vertilgung friedensfreundlicher Schriften fordert.

Professor v. Schmoller gestorben.

H. L. B. Berlin, 27. Juni. Der bekannte Nationalökonom Professor Gustav v. Schmoller ist heute nach im Alter von 76 Jahren in Bad Harzburg gestorben.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 27. Juni 1917.

Vom Kriegswochenmarkt.

Er nimmt sich etwas sehr kriegsmäßig aus, mehr als notwendig und gesund ist. Um diese Jahreszeit zagten sonst die Händlerinnen kaum hinter den grünen Gebirgen von Gemüse, Rüben und Obst empor. Und mit jedem Markttage wurde die Fülle reicher. Nun haben wir ein Frühjahr und einen Frühommer gehabt, der dem Wachstum nicht besonders günstig war, aber in früheren Jahren gab es auch regenarme Frühommer und Gemüse und Obst war trotzdem zu haben. Die Verkaufshände mehrten sich auf dem Wochenmarkt und die Tische und Stäbe wurden voller. In diesem Jahre geht es umgekehrt. Daran ist nicht das Wetter schuld, die Hauptschuld liegt in der verkehrten Verkaufsregelung.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, haben schon im März, als die neue Regelung bekanntgegeben wurde, davor gewarnt, den Weg, der schon im vorigen Jahre zum Mißerfolg führte, von neuem zu beschreiten. Trotzdem wiederholte sich das alte Spiel, noch erheblich vergrößert. Es gibt keine zentrale Festlegung der Höchstpreise, keine Beschlagsnahme, keine fest organisierte Verteilung. So wandert das Gemüse den höheren Preisen nach und geht heimliche Wege. Auf den Märkten, die nicht mit auf die höchste Spitze der Preispyramide kettern, schrumpfen die Auslagen zusammen. Von einer Verringerung ist noch nichts zu bemerken, trotz aller energischen Forderungen von Behörden und Presse.

Es gab heute etwas Kohlrabi, Zwiebeln, Spargel und ausländische grüne Erbsen und Salat. Für den Kopf Blumenkohl wurde im Durchschnitt immer noch 1 Mark gefordert und auch gezahlt. Rirschen und Erdbeeren bleiben verschwunden. Wo sie in kleinen Mengen in Erscheinung traten, waren sie im Handumdrehen verkauft.

Berühmter Händler mit ihrem berühmten — berühmten durch den hohen Preis — Nierenkartoffeln, die 30 Mark pro Zentner kosten, waren wieder da. Die Polizei verbietet den Verkauf zu diesem Preise.

Die allgemeine Preiskontrolle wurde selbstverständlich auch von den andern Händlern und Händlerinnen mit großem Mißbehagen aufgenommen. „Wir kommen überhaupt nicht wieder, wenn das so weitergeht“, sagten einige. Durch die Kontrolle auf dem Markte soll die logische Auswirkung des unregelmäßigen Großhandels verhindert werden. Ein Beginnen, das wenig Nutzen bringt. Wenn Kontrolle und Verkaufsregelung einen Nutzen bringen sollten, hätte man früher, viel früher damit anfangen sollen.

Ueber den Verkehr mit Kaffee-Ertrag wird vom Magistrat folgendes angeordnet: Zum Vertrieb von Kaffee-Ertrag auf die von uns abzugebenden Karten werden nur diejenigen Kleinhandlungen zugelassen werden, welche bisher Kaffee-Ertrag im Kleinhandel verkauft haben. Wir fordern daher die hiernach berechtigten Kleinhandlungen auf, sich bis zum 30. Juni 1917 im städtischen Lebensmittelamt, Kontrollstelle für Kolonialwaren, Große Schulstraße 1, Zimmer 4, mündlich oder schriftlich zu melden und den Nachweis des Handels mit Kaffee-Ertrag durch Vorlegung der letzten Rechnung über Bezug zu erbringen. Für Kaffee-Ertrag zum gewerblichen Verbrauch in Gast- und Schankwirtschaften aller Art einschließlich Cafés und Konditoreien, Kaffeehäuser, Fabrikantinnen usw. wird in Zukunft eine bestimmte Gesamtmenge im Monat zur Verfügung gestellt. Betriebe der angegebenen Art, welche auf Zuteilung eines Kontingents Anspruch erheben, haben einen diesbezüglichen Antrag in der Zeit vom 1. bis 4. Juli 1917 beim städtischen Lebensmittelamt, Kontrollstelle für Kolonialwaren, Große Schulstraße 1, Zimmer Nr. 4, zu stellen.

Magermilch oder Buttermilch darf nach einer Bekanntmachung des Magistrats zunächst nur an solche Personen abgegeben werden, die im Besitz einer Verzugkarte sind. Uebermäßige Mengen können bei Gefahr des Verderbens freihändig verkauft werden. Die Abgabe von Magermilch oder Buttermilch sowie von daraus hergestellten Speisen in Gast- und Schankwirtschaften, Speisehallen sowie sonstigen Gewerbebetrieben ist verboten. Diese Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Notes Flamenblut.

Roman von Pierre Boudcoorens.

Einzige autorisierte Uebersetzung von Johannes Schlaß.

(3. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

2.

„Dieser Malewens hat eins auf den Kopf gefriert“, brachte er endlich mühsam heraus und schmitt ein Gesicht, das liebenswürdig und geistreich sein sollte.

Er speichelte nach der Seite, pudete dann den Priem in seine schwarze Tabakdose und rundete den Arm.

„Na, Madel, wenn Sie sich nicht vor mir fürchten?“

Mit einem Kopfnicken willigte sie ein. Er sah, wie sie köchelte und hielt es für Spott. Innerlich war er dadurch beunruhigt, nahm sich aber vor, ihr eine andre Meinung von sich beizubringen.

„Walzer! Walzer!“ grinst der Harmonikspieler schielend und stampfte mit dem Fuße.

Sie hatte sich nachlässig erhoben. Eilig zog der Mann sie mit und segelte mit ihr zwischen die Paare. Mit vorgehaltenem Ellbogen tanzte er gegen den Strom. Sie folgte ihm, ihre zierlichen Festtagsstüchchen schnell im Kielwasser seiner plumpen Boten bewegend. Schließlich fand er Platz. Ein mächtiger Wirbel riß sie mit sich.

„Um, hm! So was hast Du noch nicht gekostet.“

schmeichelte sie, eine scherzende Stimme bei Föhn ein. Ihm war, als ob die Hände einen höllischen Tanz angingen. Im rasenden Wirbel erkannte er nicht mehr die Gesichter. Er war wie benebelt vom Drehen und vom Lärm. Selbstsam sprangen rote Flecken in einem dunkeln Genoge, im feinen Goldstaub, den eine unsichtbare Mühle deutete.

„Drauf los, Jungs und Mädels!“ rief zynisch immer wieder Malewens.

Der Mann senkte die Lider und sah zärtlich auf seine Tänzerin. Sie freizelte verdammt gut. Eine aus der Stadt hätte nicht anmutsvoller sein können. Mit den zuck-

In jedem Heim

wird jetzt eine Zeitung bitter notwendig gebraucht. Jeder muß eine Zeitung haben, die ihn unterrichtet, ihn führt, für seine Interessen kämpft. In allen wirtschaftlichen und politischen Fragen ist der beste Schwalter des Volkes die

Volksstimme.

Außerordentliche Schwierigkeiten hat eine unbegabte, von keinen Sonderinteressen beeinflusste Zeitung während des Krieges zu überwinden. Darum wird es zur unabwiesbaren Pflicht jedes Volksangehörigen, in zäher Ausdauer für die Verbreitung seines Blattes zu wirken. Wer von den Angehörigen der minderbemittelten Volksschichten sich nicht selbst schädigen will, der muß

neue Leser für die Volksstimme

werben. Der bevorstehende Quartalswechsel ist die beste Gelegenheit zu dieser Werbearbeit. Nützt die Stunde, die Zeit ist ernst! Sorgt für möglichst weite Verbreitung Eures Blattes! Ihr wirkt damit für den Frieden, für die Verbesserung der Lebenshaltung des Volkes, für die politische Gleichberechtigung der werktätigen Bevölkerung!

Die „Volksstimme“ kostet vom 1. Juli an monatlich 1 Mark, vierteljährlich 3 Mark; Feldpostabonnements monatlich 1 Mark.

Kleintierzucht in Schrebergärten. Der Magistrat schreibt: Wie uns mitgeteilt wird, ist es in den meisten Pachtverträgen über Schrebergärten den Pächtern unterzagt Kleintiere in den Gärten zu halten. Es ist so den Pächtern insbesondere denen, die Kaninchen halten wollen, um die Fleischknappheit zu mildern, die Möglichkeit hierzu genommen. Wir sind überzeugt, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um die Pächter von Schrebergärten zu veranlassen, Nachsicht zu üben und das Halten von Kleintieren, insbesondere Kaninchen in den Gärten während des Krieges zu gestatten, wie es auch die Stadt bei den Pächtern der städtischen Schrebergärten bereits tut.

Siebenstücker. Heute, am 27. Juni, ist der „Siebenstücker“, von dem die Sage geht, daß der Himmel sieben Wochen lang seine Schließen nicht schließt, wenn es an diesem Tage regnet. Ueber die Wahrsheit dieses Volksglaubens kann man nur sagen: manchmal trifft es zu, und manchmal trifft es nicht zu. Die Sonne scheint heute und Trockenheit herrscht. Das wird hoffentlich nicht bedeuten, daß noch 7 Wochen schönes Wetter ist. Wir wünschen immer noch Regen, denn es fehlt noch die Erquickung draußen. Freilich braucht er nicht 7 Wochen anzuhalten. Das wäre wieder jubel und würde nur Schaden bringen.

Nachtrag zur Tagesordnung der Stadtverordneten-Sitzung. Den Stadtverordneten ist noch eine Vorlage zugegangen über die Verhandlungen des seinerzeit eingesetzten Ausschusses betreffs Errichtung von Kriegerheimstätten und Bau von Kleinwohnungen. Der Bericht über die Verhandlungen, an denen auch die Vertreter der Baugenossenschaften teilgenommen haben, wird am Donnerstag nachmittag in der Stadtverordneten-Versammlung gegeben werden.

Ueber Bestandserhebung von Holzspänen aller Art ist heute eine Verordnung in Kraft getreten, die im Anzeigenteil nachzulesen ist.

Hausammlung

der Deutschen Volkspende zum Ankauf von Lebestoff

für Meer und Flotte

am Sonntag den 1. Juli 1917.

Großfeuer. Am Mittwoch mittag gegen 1 Uhr wurde die Hauptfeuerwache durch eine Großfeuermeldung alarmiert. Im vierter Stock des großen Lagerspeichers auf dem Grundstück Goldschmiedebaustraße 3/4, wo eine Menge Waren der im Vorderhaus befindlichen Drogerie R. Klotz lagerten, war ein großer Brand ausgebrochen. Da beim Eintreffen der Feuerwehr gemeldet wurde, daß auch Menschen in Gefahr seien, wurde sofort der Krankenwagen nachbeordert. Der Dachstuhl und das Obergeschloß des Speichers standen bereits in Flammen, als die Feuerwehr zum Angriff schritt. Die ersten Mannschaften, die in das obere Stockwerk eindringen wollten, mußten infolge heftiger Detonationen im Innenraum wieder zurück. Als es gelang, unter Anwendung der Rauchmaschinen den brennenden Innenraum zu betreten, wurde zunächst ein schwerverletzter Arbeiter gefunden, der sofort nach unten in Sicherheit und dann nach dem Krankenhaus gebracht wurde. Der Brand selbst wurde unter Vornahme von vier Schlauchlinien nach etwa einstündiger Tätigkeit gelöscht. Die Aufräumarbeiten nahmen noch längere Zeit in Anspruch.

Süddeutsche Städte zur Kohlenversorgung. Der Städtetag von Heiden und Waldeck nahm nach einer Mitteilung des „Verl. Anzeig.“ zur Frage der Kohlenversorgung einstimmig eine längere Entschiedenheit an, worin hervorgehoben wird: „Die Kohlenversorgung ist ebenso wie die Nahrungsversorgung eine unbedingte Notwendigkeit. Deshalb muß die Förderung der Hauskohlen gesteigert und darf nicht hinter der Kohlenversorgung der Industrie zurückgestellt werden. Die bisherige mangelhafte Belieferung der Gasanstalten ist ein volkswirtschaftlicher Fehler, weil das Kochen auf Gas eine bedeutende Ersparnis gegenüber dem Kochen auf Kohlen darstellt.“ Ferner wird die Staatsregierung erucht, angeht die ungewöhnlichen Steigerung der Holzpreise zu bestimmen, daß die Ueberweisung des Holzbedarfs an die Gemeinden zu Lasten der Gemeinde.

Kindesmord. Das hiesige Schwurgericht verhandelte am Dienstag in nichtöffentlicher Sitzung gegen die Witwe Minna Schwarz geborne Runge aus Bababuk wegen Kindesmordes, Beistellung eines Leichnams und Stillschleppens und den Maurer Christian Runge aus Kl.-Wulkow wegen Stillschleppensverbrechens. Frau Schwarz hat am 21. März d. J. ihrem neugeborenen Kinde die Kehle zugebunden und die Leiche heimlich verbrannt. Die Geschwornen bejahten die Schuldfrage im Sinne der Anklage und billigten der Frau Schwarz mildernde Umstände zu. Demgemäß verurteilte sie der Gerichtshof zu 3 Jahren 3 Monaten Gefängnis und 6 Wochen Haft, Runge zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Gefohlen wurden in den letzten 14 Tagen aus einem Lagerraum am Neuen Fährstern eine größere Anzahl Stühle weiße und gelbe Kernseife, Pakete Persil, Eisenpulver, Bleichlauge und Dosen Del-Jardin; am 25. d. M. nachmittags vom Elbvorland am Peitzförder ein Handrollwagen mit neuem Rahmen und halb durchgebrochener Deichsel, aus einer ungeschlossenen Verfracht am Alten Fährstern 2 Paar neue Segeltuchschuhe; in der Nacht zum 26. aus einem verschlossenen Laden am Breiten Weg 8 Paar Herrenschuhe.

In Haft genommen wurde der russisch-polnische Arbeiter Michel Otzel, der in der Nacht zum 22. d. M. aus einer verschlossenen Wohnung am Biederitzer Weg eine Taschenuhr und Kleidungsstücke und am 25. aus einem Zimmer in der Nikolaistraße einem Arbeitskollegen Kleidungsstücke gestohlen hat.

Theater, Konzerte etc.

Mitteilungen der Direktionen.

Viktoria-Theater. Donnerstag: „Kabale und Liebe“. Freitag: „Die Waise“. Samstag: „Die Waise“. Sonntag: „Die Waise“.

Zentraltheater. Die am Freitag stattfindende Jubiläums-Aufführung „Der Postbote“ beginnt wie alle übrigen Vorstellungen um 7 1/2 Uhr.

Städtisches Orchester. Sommerkonzerte: Dienstags, Freitags 1/8 Uhr Stadtheater-Garten; Mittwochs 4 Uhr Salzquelle; Donnerstags 1/8 Uhr Wilhelmplatz; Sonnabends 5 Uhr Vogelgefang.

geschlossenen Augen hatte sie ein offenerziges und zugleich schelmisches Aussehen. Während er die Beine warf wie ein Verrückter, bewegte sie sich mit einem still gleichmäßigen, schwebenden Schritt, durch die regelwidrigen Sprünge, die wilden Hopper ihres Partners etwas behindert in ihrer Kunst. Ihr Kopf umschwebte sie beide wie ein weit gebreiteter Flügel, der plötzlich niedergefallen wurde im Gedränge.

Er preßte sie eng an sich, seine große Hand fest auf ihrer runden Hüfte. Unter dem straffen Stoff fühlte er die Fingerringe ihres Schnürleibchens. Stoßweise stieg ihm eine Blut ins Gesicht, die ihn mehr und mehr bekommen machte. Immer hätte er so in seiner schwieligen Hand das runde, feuchte Händchen halten mögen, das darin bestete. „Ach, schon aus!“ grinst er mit trockenem Munde.

Der Harmonikspieler endete seine barbarische Melodie, als der Raummel auf dem Höhepunkt war. Die Hacken klapperten wie Dreifüßler auf der Lenne. Die Gesichter verloren ihren ekstatisch gespannten Ausdruck. Sie belebten sich wieder. Mit einem Male lösten sich die Jungen. Und unter diesem, von hellem Lachen unterbrochenen Stimmengewirr führt Souhe Flohil seine Tänzerin zu ihrer Bank zurück.

Er setzte sich neben sie.

„Sind Sie allein da?“ fragte er sie, sich zu ihr beugend.

Sie schüttelte sich mit dem Taschentuch und sah ihn von der Seite an.

„Nein. Ein Bruder und eine Schwester von mir sind mit da.“

Er fand, daß sie eine angenehme Stimme hatte.

„Sind sie im Saale?“

Sie zeigte nach ihnen hin mit ausgestrecktem Daumen.

„Der kleine Blonde da?“

Er schüttelte den Kopf mit ungläubiger Miene.

„Wahrhaftig?! Er sieht Ihnen nicht ähnlich. So'n Kerl!“

„Es ist aber doch so.“ Sie musterte ihren Partner verstohlen, indem sie lässige Blide von seiner etwas zurückweichenden Stirn auf seine spitze Nase, seinen Wandurensmutbart und sein eigenartiges Kinn gleiten ließ.

„Ihre Schwester scheint sich mit ihrem Grenadier nicht gerade zu langweilen.“

Sie zog ein Mäulchen.

„D, das ist nicht gefährlich. Er ist 'n Better.“

„So, so! 'n lustiger Bruder, wie's scheint.“

Sie nickte mit niedergefallenen Augen.

Er magte eine Schmeichelei.

„Na, wenn ich wählen sollte zwischen Ihrer Schwester und Ihnen, ich würde auf der Stelle Sie nehmen.“

„Sie Schmeichler!“

Von diesem Kompliment nicht besonders berührt, schlug sie mit dem Taschentuch nach ihm. Und ihre Geste hatte etwas schmeichelnd Herausforderndes. Der Blick, den sie ihm gleichzeitig über die Schulter zuwarf, jekte ihn in Flammen wie ein Feuerbrand. Hastig griff er nach ihrem Handgelenk und drückte es dert zwischen Zeigefinger und Daumen.

Sie schrie.

„Sie tun mir ja weh!“

Indem er sie verstohlen ansah, zeigte er lachend all seine weißen Zähne. Halb lächelnd, halb ärgerlich wandt sie den Blick ab. Und um sich Faltung zu geben, besah sie aufmerksam die roten Spuren, die die rauhe Sieblosung des Mannes auf ihrer Haut zurückgelassen hatte.

„He, he! 's steht ja nicht übel mit dem Kerlchen! Es scheint, die Sache kommt in Gang!“

Das war Malewens räselnde Stimme. Er rief sie von weitem rufend an. Und das war für ihre vertrauliche Unterhaltung eine kalte Dusche.

Die Bauern schüttelten sich vor Lachen.

(Fortsetzung folgt.)

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Banzenleben.

Eigenleben, 27. Juni. (Siebelien mit Kriegs-gefangenen.) Die Sachverständigen R. B. die von ihrem Manne...

Groß-Otterleben, 27. Juni. (Gemeindevertreter-Sitzung.) Die am Donnerstag einberufene Gemeindevertreter-Sitzung findet erst am Freitag Abend statt.

Wahlkreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 27. Juni. (Lohnverhöhung für Tabakarbeiter.) In Anbetracht der schlechten Lohnverhältnisse der Tabakarbeiter...

(Sozialdemokratischer Verein.) Am 28. Juni abends 8 1/2 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Vereinsversammlung statt...

(Milchläden.) Die Ausgabe von neuen Milchläden für Kinder findet am 30. Juni im städtischen Lebensmittelladen, Zimmer Nr. 2...

(Kasse Kundenkarten für den Fleischverkauf.) Die Fleischverkauskasse haben sich bei derjenigen Verkaufsstelle...

Jerichow, 27. Juni. (Eine Rabenmatte.) Dem Schiffsgehilfen wurde wegen Verwundung eines Kindes die Rabenmatte...

Wahlkreis Ofterleben-Halberstadt-Bernigerode. Halberstadt, 27. Juni. Das neue Wasserwerk ist im Bau...

(Grüne Erbsen.) Die Erbsen, welche grün geblieben sind...

(Kassabehälter.) Am 28. Juni am gilt für den Kassabehälter...

(Kassabehälter zur Kassabehälterrolle.) Die Kassabehälterrolle...

(Kassabehälter.) Die Kassabehälterrolle...

(Kassabehälter.) Die Kassabehälterrolle...

(Kassabehälter.) Die Kassabehälterrolle...

Ofterleben, 27. Juni. (Sozialdemokratischer Verein.) Eine Mitgliederversammlung findet am Sonnabend im Lokal von Klare statt...

Wahlkreis Kalbe-Mücheln.

Querlinburg, 27. Juni. (Der falsche Revisor.) Einen Brief um sich zu verschaffen, hatte sich der Kaufmannslehrling R. B. aus Kleinstedt ausgehollt...

Schönebeck, 27. Juni. (Die Kartoffelversorgung.) In der letzten Zeit mangelhaft gewesen. Manche Familien können für die nächsten Wochen keine Kartoffeln erhalten...

(Kassabehälter und Größe.) Für Kinder unter 2 Jahren und für Kranke wird gegen Vermerk auf der Milchkarte...

(Dörrengemisch) wird auf Nr. 9 1/2 Pfund für 65 Pfennig in fast allen Geschäften vertrieben...

(Lebensmittelzulagen für Kranke) werden gemäß dem Antrag der Frau... gestellt werden...

Stegfurt, 27. Juni. (Jude) ist vom Donnerstag an, aber nur eine Woche lang, mit 1 Pfund für den Kopf wieder zu haben...

Wahlkreis Stendal-Ofterburg.

Ofterburg, 27. Juni. (Sozialdemokratischer Verein.) Am 28. Juni abends 8 Uhr findet im Schützigen Lokal, Kirchstraße 3, eine Mitgliederversammlung statt...

Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Gardelegen, 27. Juni. (Zur Beschäftigung.) Hülse, Hülse, Hülse, die Hülse und Hülse auf Arbeitsscheinchen...

(Generalversammlung.) Der Ausschuss für den Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen hält am 1. Juli nachmittags 4 Uhr im 'Deutschen Kaiser' seine Generalversammlung ab...

(Richtmaß.) Bei den am 3. Juli hier stattfindenden Wahlen...

(Richtmaß.) Der Landwirt und Dorfschulze...

(Satzungen wegen Uebertretungen.) Der Magistrat...

(Die Regelung der Kohlenversorgung) macht eine Schmelz- und Kohlenfabrikation über Salze, Salze, Salze...

Aus der Parteibewegung.

Einige von der Parteibewegung für die arbeitende Jugend...

Die rege und sachlich geführte Diskussion bewegte sich im Sinne der beiden Referate und ergab die volle Einmütigkeit...

Die Jugendbewegung ist in erster Linie eine erzieherische Notwendigkeit der organisierten Arbeiter...

Zu den Aufgaben der Jugendauschüsse gehören: 1. Planmäßige Darbietung allgemeiner sowie künstlerisch-geselliger Veranstaltungen...

Die soziale Ausbildung der Jugend durch Fachvortrüge und die soziale Erziehung der Jugend durch Fachvortrüge...

Sozialdemokratischer Polizeivernichter in Preußen. In Göttingen bei Solingen wurde dem sozialdemokratischen Polizeivernichter...

Kleine Chronik.

Ein Milchvieh im Gebirge abgeführt. Einem inoffiziellen Tod bei der in Grog bei dem Obdach...

Geld mit Geld.

Die Bromberger Strafkammer verurteilte den Hauptkassieranten...

Bereins-Kalender.

Burg, Sozialdemokratischer Verein. Vereinsversammlung am Donnerstag abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Briefkasten.

G. H. Derjenige muß Alimete bezahlen, den das Mädchen als Vater des Kindes bezeichnet...

Wasserstände.

Table with 4 columns: Station, Date, Water Level, and other metrics. Includes stations like Potsdam, Berlin, and Magdeburg.

Wettervorhersage.

Donnerstag: Windig heiter, warm, bis auf örtliche Gewitter trocken.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 26. Juni. Todesfälle: Eilme Emilie Engel geb. Edt. 51 J. 7 R. 5 Z. Einwohn. geb. Damm. Ehefrau des Ober...